Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 01. Juni 2017 um 12:09 Uhr

Vorerst steht der GVH-Tarif vor rotem Signal:

Eisenbahnunternehmen fordern Ausgleichszahlungen von jährlich 5 Millionen Euro – Einführung zum 1. Januar 2018 derzeit unrealistisch

Donnerstag, 1. Juni 2017 – **Hannover/ Hameln (wbn). Die Schranken für den Großraum-Verkehr Hannover-Tarif gehen erst einmal wieder zu! Und das aufgrund einer Millionenforderung der Eisenbahnunternehmen.**

Diese fordern Ausgleichszahlungen von jährlich fünf Millionen Euro. Somit hält Ulf-Birger Franz, Verkehrsdezernent der Region Hannover, die Einführung von Tickets im Regionaltarif für die Landkreise Hameln-Pyrmont, Schaumburg, Nienburg, Heidekreis und Celle zum 1. Januar 2018 für unrealistisch.

Fortsetzung von Seite 1

Hintergrund für die Forderungen der Eisenbahnunternehmen ist die Methodik der Verteilung der Einnahmen aus dem Verkauf von Niedersachsen-Tickets. Hiervon profitieren die Eisenbahnunternehmen auch auf Strecken, die gar nicht zum GVH-Erweiterungsgebiet gehören. Dieses basiert nämlich auf einer Mischkalkulation. Dabei sind die vielbefahrenen und verhältnismäßig kurzen Strecken des geplanten GVH-Netzgebietes wichtig, um damit ungünstige Strecken im Norden mitzufinanzieren.

„Angesichts von Ausgleichsforderungen der an der geplanten Erweiterung beteiligten Eisenbahnunternehmen in einer Höhe von bis zu 5 Millionen Euro jährlich stehe der dauerhafte finanzielle Aufwand der Erweiterung in keinem vertretbaren Verhältnis mehr zum Nutzen für die Fahrgäste aus den Landkreisen und der Region Hannover“, bedauert Franz: „Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sind Verbunderweiterungen mit vertretbarem finanziellem Aufwand leider nicht umsetzbar.“

Auf Empörung stößt bei den Verantwortlichen, dass diese Forderung nach den bereits geführten Diskussionen jetzt erneut erhoben wurde. „Offensichtlich haben die Unternehmen darauf gehofft, durch die wieder aufgerufene Benennung dieser Beträge die Region und die Kreise in Zugzwang zu bringen. Wir sind uns einig, auf diese Art, unzulässig Druck auszuüben, nicht einzugehen“, sagt der Hamelner Landrat und derzeitige Sprecher des erweiterten Wirtschaftsraumes Hannover, Tjark Bartels.

In den nächsten Tagen werden die betroffenen Kreise mit der Region und dem Wirtschaftsminister beraten, wie weiter vorzugehen ist. Denn schließlich steht auch die zugesagte Anschubfinanzierung durch den Verkehrsminister im Raum.